

Die *Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost* zu einem äußerst stark gekürzten Interview mit Sophia Deeg innerhalb eines Artikels über die BDS-Bewegung „Hauptsache dagegen...“ in der Süddeutschen Zeitung

Wir sind selber überrascht, wie schlecht, tendenziös und unwahrhaftig ein Journalist der Süddeutsche-Zeitung über den Kampf für palästinensische Menschenrechte schreiben kann. Sophia Deeg, eine Aktivistin und Autorin aus Berlin, die für die Reportage von Thorsten Schmitz über die BDS-Bewegung interviewt wurde, stellt das ohnehin lesenswerte Original-Interview zur Verfügung und gibt damit erhellende Einblicke über seine entstellende Arbeitsweise, die im ersten Kommentar nachzulesen ist:

Vollständiges Interview mit Sophia Deeg:

1. Weshalb geben Sie und BDS Berlin derzeit keine persönlichen Interviews?

Wir sind der Auffassung, Leser*innen haben ein Recht auf ordentliche Informationen, und in schriftlicher Form ist das besser zu gewährleisten als mündlich. Zudem waren die live-Interviews, die wir gegeben haben, sehr zeitaufwendig und das Ergebnis meist kümmerlich bis kontraproduktiv. Obwohl uns Zitate zum Absegnen zugeschickt wurden, haben es manche Journalist*innen fertiggebracht, sie in einen sinnentstellenden Kontext zu stellen.

2. Bitte schildern Sie mir, wie Sie auf BDS aufmerksam geworden sind und weshalb Sie sich entschlossen haben, sich aktiv für BDS einzusetzen.

Ich war von Beginn an in der Sozialforumsbewegung engagiert und habe Anfang der 2000er an drei europäischen Sozialforen teilgenommen. Dort war das Thema Palästina ein wichtiger Schwerpunkt wie ja auch schon 2001 beim Weltsozialforum in Porto Alegre. Palästinensische, israelische und internationale Aktivist*innen überlegten, was zivilgesellschaftlich möglich und erfolgversprechend sein könnte, damit die Palästinenser*innen zu ihren Rechten kämen. Ehemalige Weggefährt*innen von Nelson Mandela schlugen damals eine Kampagne ähnlich der gegen die südafrikanische Apartheid vor, auch wenn es um eine andere Situation geht. Die Idee überzeugte einen Großteil der palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, und sie riefen 2005 die BDS-Kampagne ins Leben. Diese sieht vor, dass Menschen auf der ganzen Welt in ihrem jeweiligen Kontext die Punkte thematisieren, an denen sie mit den Verletzungen palästinensischer Rechte etwas zu tun haben: etwa durch den Konsum bestimmter Produkte, aber auch durch die Beteiligung ihrer Bank an Projekten in den völkerrechtswidrigen Siedlungen oder einer Firma wie HP an der Kontroll- und Überwachungstechnologie der israelischen Checkpoints. Dieser rationale und transparente

Approach, der gerade nicht auf Israel-Bashing hinausläuft – wie andere von BDS anvisierte Firmen ist HP bekanntlich nicht israelisch – hat mich überzeugt.

3. Welche Erfolge sehen Sie, die Sie auf BDS-Aktionen zurückführen?

Es gibt enorme Erfolge, die sich so zusammenfassen lassen: Millionen Menschen auf der ganzen Welt haben im Detail verstanden, wie sich in Israel/Palästina die seit Jahrzehnten nicht umgesetzten Forderungen des Internationalen Rechts für die Betroffenen auswirken und dass das ein Problem für uns alle ist. Internationales Recht wird von einem engen Verbündeten und Partner und einem bedeutenden Mitglied der Staatengemeinschaft permanent missachtet, ohne dass das Konsequenzen hätte – ziemlich demoralisierend, wenn man nichts dagegen tun kann. Doch man kann; Beispiele für konkrete Erfolge: der Rückzug von Veolia (wieder keine israelische Firma) aus ihren gesamten israelischen Projekten, unter anderem dem einer Bahnstrecke für die völkerrechtswidrigen Siedlungen; Kapitalentzug seitens des staatlichen norwegischen Pensionsfonds gegenüber israelischen Banken, die in Siedlungen investieren; oder, ganz frisch: Rückzug von airbnb aus den Siedlungen im besetzten Westjordanland.

4. Wie erklären Sie sich die starke Kritik an BDS und deren Aktionen?

Kritik im eigentlichen Sinne, also Argumente gegen BDS, gibt es kaum. Es gibt allerdings eine starke Gegnerschaft – nicht verwunderlich bei den Erfolgen der Kampagne, die die israelische Politik gegenüber den Palästinenser*innen für viele Menschen überzeugend in Frage stellt.

5. Hat die Strategie, Veranstaltungen und RednerInnen zu boykottieren, die mit Israels Regierung in Zusammenhang stehen oder mitfinanziert wurden, aus Ihrer Sicht Erfolg?

Veranstaltungen oder Kooperationen politischer, akademischer oder kultureller Art, die von der israelischen Regierung mitfinanziert werden, sind Teil der Brand Israel-Kampagne, die die israelische Regierung 2006 ins Leben gerufen hat, um ein positives Image Israels in der Welt zu befördern. Jede Regierung hat das Recht, für sich, ihr Land, ihre Politik zu werben. Wir nehmen uns unsererseits das Recht, diese Werbung zu kommentieren und die Öffentlichkeit sowie beteiligte Kulturschaffende, Akademiker*innen und Institutionen im konkreten Fall darauf aufmerksam zu machen, dass es sich bei einem vom israelischen Staat geförderten Filmfestival oder einer akademischen Kooperation auch um einen Teil dieser Werbekampagne einer Regierung handelt, die permanent das Völkerrecht bricht.

6. Ist Boykott nicht das Gegenteil von Dialog?

BDS boykottiert ja keineswegs „alles Israelische“, wie oft behauptet wird. So wie BDS funktioniert - im Gedankenaustausch von und mit Palästinenser*innen, Israelis und vielen anderen, die an der

zivilgesellschaftlichen Kampagne für die Rechte der Palästinenser*innen beteiligt sind – ist es sehr viel mehr als ein Dialog. Es ist ein globales Gespräch, an dem in den USA etwa Jewish Voice for Peace zentral beteiligt ist, weltweit die Bauernbewegung La Via Campesina, in Frankreich und anderswo Gewerkschaften, in Israel Boycott from Within etc. Das bedeutet auch, es ist ein Austausch auf Augenhöhe, nicht ein Pseudo-Dialog zwischen Besetzten und Besatzern. Verhandlungen auf der Basis der Anerkennung gleicher Rechte aller Menschen, die in Israel/Palästina zu Hause sind – das ist der Dialog, um den es BDS geht.

7. Bereisen Sie Israel oder ist Ihnen der Zutritt verwehrt?

Meine israelischen Freund*innen haben glücklicherweise, anders als ihre palästinensischen Nachbar*innen in Gaza oder der Westbank, das Recht, zu reisen oder auch zeitweise oder überhaupt in Berlin zu leben – wozu sich ja bekanntlich viele Israelis entscheiden. Da brauche ich es gar nicht darauf ankommen zu lassen, als relativ bekannte BDS-Aktivistin womöglich an der Einreise nach Israel gehindert zu werden.

8. Treten Sie für eine Zweistaatenlösung ein?

Ich denke nicht, dass ich, weder Israelin, noch Palästinenserin, das Recht habe, mich an der Stelle der Betroffenen für irgendeine Form der Staatlichkeit, einzusetzen, die diese meiner Ansicht nach anstreben sollten. BDS stellt sich diese Frage auch nicht. Die Kampagne ist eine von Palästinenser*innen ins Leben gerufene internationale Kampagne für die Umsetzung von gleichen Rechten für Palästinenser*innen wie für Israelis und nicht für irgendeine Staatsform, so nachzulesen im Palestinian Civil Society Call for BDS, 2005, der für alle, die sich ihm angeschlossen haben, immer noch gilt, also selbstverständlich auch für BDS Berlin. Darin ruft die palästinensische Zivilgesellschaft wörtlich zu nichts anderem auf als Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen gegen Israel „bis es internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt“.

9. Ein oft vorgetragener Vorwurf an BDS-AktivistInnen lautet, sie setzten sich nicht für Menschenrechte in Unrechtsstaaten wie Jemen. Was entgegnen Sie diesen Kritikern?

Gerade BDS-Aktivist*innen sind häufig auch mit anderen Bewegungen verbunden, die die Verletzung von Menschenrechten thematisieren. Und der Fokus auf Israel/Palästina bedeutet nicht, dass wir nichts anderes wahrnehmen oder Menschenrechtsverletzungen woanders „weniger schlimm“ finden. Natürlich geht uns der staatliche Terror von Regimes wie etwa dem in der Türkei, Syrien, Jemen, Iran oder Ägypten etwas an, besonders, wenn mehr oder weniger enge wirtschaftliche, militärische und diplomatische Beziehungen bestehen oder, wenn, wie im Falle Syriens, viele der Betroffenen unter uns leben. Wenn etwa von türkischen oppositionellen

Bewegungen ein solcher Aufruf käme, wir sollten sie unterstützen, indem wir die enge Kooperation Deutschlands mit der Türkei öffentlich kritisch thematisieren, wäre das meiner Ansicht nach eine genauso sinnvolle, von den Betroffenen selber gewünschte Boykottbewegung wie BDS.

10. Was ist Ihr persönlicher Hintergrund? Welchen Beruf üben Sie aus? Teilt Ihre Familie Ihr Engagement?

Ich bin Übersetzerin. In meiner Familie und meinem Freundeskreis gibt es einige, die sich wie ich für die Rechte der Geflüchteten, gegen das europäische Grenzregime, gegen Rassismus ... und selbstverständlich auch für die Rechte der Palästinenser*innen einsetzen.

Der gesamte Artikel in der Süddeutschen Zeitung

[sueddeutsche.de/kultur/bds-israel-palaestina-kulturszene-1.4304842-3?
fbclid=IwAR1Hpz8QLFDfbRQOkN2VT5u11RjqpbIGDU7ccxAEna4pU76aKkWsBvESKrg](https://www.sueddeutsche.de/kultur/bds-israel-palaestina-kulturszene-1.4304842-3?fbclid=IwAR1Hpz8QLFDfbRQOkN2VT5u11RjqpbIGDU7ccxAEna4pU76aKkWsBvESKrg)

Der Abschnitt in dem Sophia Deeg zitiert wird:

[sueddeutsche.de/kultur/israel-debatte-krawall-statt-dialog-1.4304842](https://www.sueddeutsche.de/kultur/israel-debatte-krawall-statt-dialog-1.4304842)

Leserbrief zu BDS, "Hauptsache, dagegen" .. SZ vom 28.01.2019, Seite 9

Leserbrief zu Thorsten Schmitz: "Hauptsache, dagegen. Sie setzen Künstler unter Druck, kleben Boykottaufrufe auf israelische Produkte und setzen auf Krawall statt Dialog: Wie konnten die Aktivisten des Netzwerkes BDS in der deutschen Kulturszene so viel Platz einnehmen?", SZ vom 28.01.2019, Seite 9

Sehr geehrte Redaktion Leserbriefe,

Ein Lob an die SZ: sie gibt der Debatte um die palästinensische Menschenrechts Kampagne BDS in ihrem Feuilleton Raum. München verbietet diese Debatte in seinen städtischen Räumen - Menschenrechte sind hier ähnlich suspekt, wie in der Türkei. In der SZ darf immerhin die afro-amerikanische Autorin und BDS-Unterstützerin Alice Walker erwähnt werden, während München selbst einer Ikone wie Desmond Tutu Redeverbot erteilen würde wegen seiner BDS-Unterstützung.

Leider diskreditiert Thorsten Schmitz aber bereits in der Überschrift die BDS-Bewegung. Er unterstellt ihr "Krawall statt Dialog", obwohl sie nichts weiter als die Umsetzung bestehender UNO-Resolutionen und Gleichberechtigung fordert. Das ist weder "Krawall", noch anti-israelisch oder anti-semitisch.

Auch die südafrikanische Anti-Apartheid-Bewegung war weder anti-weiß noch anti-südafrikanisch – sondern pro-demokratisch und betrachtete schlicht alle Bürger des Landes als gleichwertig.

Schmitz argumentiert, Israel sei kein Apartheidstaat, weil jüdische neben arabischen Ärzten arbeiten. Er unterschlägt aber, dass im Zuge der israelischen Staatsgründung 1948 von 900.000 dort lebenden

arabischen Palästinensern 750.000 vertrieben, enteignet und ausgebürgert wurden und deren Landbesitz enteignet um ihn jüdischen Einwanderern zur Verfügung zu stellen.

Für den israelischen Anthropologen Uri Davis ist deswegen die israelische Apartheid gravierender, da 93% des Landes für rein jüdische Nutzung zur Verfügung stünden, während in Apartheid Südafrika 87% des Landes "nur für Weiße" bestimmt waren.

Wenn Schmitz sich die UNO-Resolutionen genau ansehen würde, wäre ihm klar, dass Israel ohne die Vertreibung der Palästinenser ein gemeinsamer jüdisch-palästinensischer Staat wäre, so wie es die UNO-Resolutionen 181 und 194 vorgesehen haben.

Es wäre kein mehrheitlich jüdischer Staat im Sinne des politischen Zionismus, sondern ein binationaler Staat wie ihn Kulturzionisten wie Hannah Arendt und Martin Buber wollten und wie es den moralischen Werten des Judentums entspräche. Mit dieser Form des Zionismus und des Judentums ist die BDS-Bewegung sehr wohl kompatibel und deswegen wesentlich konstruktiver für ein gleichberechtigtes Miteinander, als die israelische Regierungspolitik.

Mit freundlichen Grüßen,

Sabine Matthes

palaestinakomitee-stuttgart.de